

Die Halle überzählich bei postmässiger Bestellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., anseits Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen.

Saale-Beitung.

werden die 6-jährigen Kolonialsteuern über dem Stamm mit 20 Pfa., welche aus Halle mit 20 Pfa. berechnet und in untern Annahmestellen und allen Annahmestellen angenommen.

Bezahlter der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 170; der Abonnementsabteilung Nr. 1133.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Ersteinst täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Camp-Verlagsstelle: Halle, Gr. Sandbühlstraße 17; Verlagsdrucker: Markt 24.

Die Branntwein-Liebesgabe.

Von Georg Gotthein, M. D. R.

L. C. Die Branntwein-Liebesgabe ist die Differenz zwischen der Branntwein-Verbrauchsabgabe, die der Trinker bezahlen muß, und der, die der Branntweinbrenner auslegt. Im Branntwein-Steuergesetz von 1887 wurde bestimmt, daß der Trinker Branntwein eine Abgabe von 70 Mark pro Hektoliter reinen Alkohols tragen solle, daß aber der Brenner für das seiner Brennerei zugewiesene Quantum — das Kontingent — nur 50 M. an die Steuerkasse abzuführen brauche.

Die Liebesgabe — der Name rührt von dem konservativen Abgeordneten v. Wedell-Malchow her — folgte vor der letzten Steuerreform dem Reich 47 Mill. M. jährlich, d. h. so viel kam von der Steuer, die die Trinker aufbrachten, nicht in die Kasse des Reiches. Jetzt, wo die Steuer von 50 resp. 70 M. auf 105 resp. 125 M. pro Hektoliter reinen Alkohols erhöht ist, hat man mit dem durch die Verteuerung herbeigeführten Verbrauchsrückgang das Kontingent so einschränken müssen, daß die Liebesgabe heute nur noch 38—40 Mill. M. Verluß für das Reich ausmacht.

Mit der Kontingentierung der Brennereien war die Grundlage zur Kartellbildung gegeben. Die weitere geistliche Ershwerung der Neugründung von Brennereien hat dann die Spirituszentrale gezeitigt. Die großen Spiritusfabriken mußten sich dieser anschließen, da die kartellierten Brennereien andernfalls in der Lage waren, sich eigene Retifikationsanlangen zu bauen und die ersten lahm zu legen.

Und das Gesetz hat seine Schuldbigkeit: die paar großen Duffider laßen sich zum Anschluß an die Spirituszentrale gezwungen. Auf die große Masse der Kleinbrenner und Qualitätsbrenner kommt es der Zentrale nicht an; deren geringfügige Produktion ist für sie keine ernsthafte Konkurrenz.

Freilich, macht man den Branntwein um weitere 20 M. teurer, so geht der Verbrauch noch weiter zurück. Das ist den Brennern unangenehm und den Spiritfabriken noch mehr. Und die letzteren werden wohl etwas darauf drücken, den Branntweinpreis nicht um die volle Liebesgabe zu erhöhen — wenigstens jetzt nicht, wo nach der schlechten Kartoffelernte

der Spiritus ohnehin so teuer ist. Aber fällt die Ernte einmal wieder gut aus, so wird man sich kaum genieren.

Solange Durchschnittsbrand und Vergällungszwang, solange der unerhöhte Zoll von 275 M. gegenüber nur 125 M. Verbrauchsabgabe den unerhöhten Bestand der Spirituszentrale garantieren und jeden ernsthaften Wettbewerb ausschließen, charakterisiert sich die Liebesgabe als eine weitere indirekte Steuer. Wenn daher die offizielle Kundgebung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ erklärt, daß von neuen Verbrauchssteuern abgesehen werde, so steht dahinter ein gut Teil Heuchelei.

Große Freude bereitet der neue Finanzplan aber auch den Konservativen nicht, und man wird abwarten haben, ob sich die verbündeten Regierungen bei der ganzen Geschichte nicht etwa doch zwischen zwei Stühle gesetzt haben.

Auswärtiges Amt und Reichsmarinemat.

Halle, 22. März 1912.

—g. Wir hatten in den letzten Tagen ein Telegramm unseres Berliner Bureaus veröffentlicht, das auf die „Anstimmigkeiten“ hinweist, die sich ergeben müßten, wenn das Reichsmarinemat durch ein beliebiges Nachrichtenbureau die Presse mit Informationen versieht, fast bis die für die Öffentlichkeit bestimmten Meldungen von einer Zentrale stelle (das wäre in diesem Falle die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes) aus ihren Weg in die Zeitungen finden.

Wenn seitens des Auswärtigen Amtes beratigen Treibereien energischer Widerstand entgegengesetzt wird, so ist dies nur zu billigen. Diese Flucht in die Öffentlichkeit ist das einzige Mittel, um die Sonderpolitik des Reichsmarinemates lahm legen zu können.

Der frühere Zentrumsführer im Reichstage Freiherr von Hertling hat schon einmal, gelegentlich einer Etatsberatung im Parlament, darauf hingewiesen, daß es ein Mißstand in der antiken Pressorganisation sei, wenn die verantwortliche Zentrale fehle, die die Zensur für alle auszugehenden Nachrichten bedeutet.

Die Berliner Pressebureaus 14 Tage nach — London und lasse sie heute einmal in der Redaktion einer angesehenen Zeitung arbeiten. Dann werden die Leitfäden studieren können, mit denen in England öffentliche Meinung gemacht wird, — eine „Meinung“, die in Sachen der auswärtigen Politik ihrer Regierung niemals in den Rücken fällt; aus nationalen Gründen ebenso sehr wie aus dem Grunde, weil dort die maßgebenden Journale genau darüber informiert sind, w o h i n die Fahrt geht.

Die Streiklage.

Das Ende des Streiks im Ruhrrevier.

Dortmund, 22. März. Das während des Streiks nach Dortmund und dem Ruhrgebiet entlandene Militär wird heute wieder zurückgezogen und in seine Garnisonen zurückgeführt; dagegen wird die nach dort entsandte Gendarmerie noch die nächste Woche dort bleiben, weil in nächster Woche die Lohnzahlungen stattfinden, bei denen den Bergarbeitern die durch den Konfliktbzw. verwickelten sechs Schichten einbezahlt werden sollen.

Der Streik in Sachsen.

Zwickau, 22. März. Drei stark bedeuft Versammlungen freier Bergarbeiter beschloßen die Verkittlung der Bergämter zu Freiberg anzufragen. Ihre Hauptforderungen sollen aufrecht erhalten werden.

Der schlesische Kohlenarbeiterstreik.

30. März, 22. März. Die Teilaussäße auf den ober-schlesischen Gruben haben im Laufe des gestrigen Tages weiter um sich gegriffen. Die Zahl der Ausständigen der Bieschowsgrube ist auf 65 Prozent angewachsen. Auf dem Kuzgach ist der Betrieb vollständig eingestellt worden. Auf der Ludowig Glüdersgrube der Bieschowsgrube ist auf 50 Prozent auf der Friedensgrube wird gleichfalls seit gestern getreitet. Zur Nachtschicht fuhren auf dieser Grube nur 45 Prozent an. Da nur geringe Gendarmen auf der Friedensgrube vorhanden ist, wurde Polizei herbeigezogen. Auf dem Silberbrandgrube des Grafen Henckell v. Donnersmarkt streikten nachmittags 60 Prozent. Im ganzen streikten bis jetzt 9000 Arbeiter.

Der Streik in England.

Die Minimallohnbill in zweiter Lesung angenommen.

London, 22. März. Die Führer der Streikenden erklären, daß der Streik noch mindestens 14 Tage dauern werde. Inzwischen verschlimmert sich die Lage von Tag zu Tag. Besonders die Industriezentren sind stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Transportarbeiter in London streiken, sofort in den Streik treten zu wollen, wenn ihre Forderungen nicht bewilligt werden.

London, 22. März. Im Unterhaus wurde die Minimallohnbill für die Bergwerksarbeiter in zweiter Lesung mit 348 gegen 225 Stimmen angenommen.

Die gestrige Unterhausdebatte über die Kohlenminimallohnbill erregte allgemein das gespannteste Interesse. In der Kammer waren von Beginn der Sitzung an sämtliche Klänge besetzt, auch die Logen waren dicht gefüllt. Die Minister sowie die Führer der Opposition waren in voller Anzahl erschienen. Als für wurde beim Betreten des Hauses mit kläglichem Geräusch eine Begrüßung durch die Lokationen, auf welche die Ministeriellen mit Gegenrufen antworteten. In den Galerien des Parlaments herrschte die Ansicht vor, daß die Arbeiterpartei ein Kompromiß mit der Regierung eingehen und ihr doch schließlich die der Majorität verfallen werden, da sie ein zu leichtes Interesse an dem Fortbestehen des liberalen Regimes habe. Man betrauert in Parlamentstreifen nicht, daß die Lage für das Kabinett eine kritische ist.

Aufzuge.

London, 22. März. Die sozialistische Partei läßt augenblicklich unter den Grubenarbeitern von Vorherrschaft beständige Anrufe erteilen, worin Vorworte besonders gegen die Arbeiter und auch gegen die Regierung erhoben werden. Die Arbeiter werden darin aufgefordert, sich nicht durch offizielle List beirren zu lassen, vielmehr die revolutionären Waffen in gutem Zustand zu erhalten.

Deutsches Reich.

Der Kaiser und die Balkanfrage.

Paris, 22. März.

Der Berliner Korrespondent des „Eclair“ berichtet seinem Blatt, er könne aus diplomatischer Quelle versichern, daß der Besuch des Deutschen Kaisers beim französischen Botschafter eine politische Tragweite von größter Wichtigkeit besitze. Der wahre Zweck dieses Besuchs sei eine Art Verständigung zwischen Paris und Berlin. Die Tatsache, daß der Deutsche Kaiser beschloßen hat, den 2. d. M. nach Korfu abzureisen, während noch am Vorabend des Besuchs mitgeteilt worden war, daß die Reise des Kaisers verschoben werde, beweise, daß der Reichsminister, der Kaiser und Botschafter Cambon eine Unterredung hatten, die zu einem definitiven Ergebnis geführt hat. Die Balkanfrage interessiert Frankreich und Deutschland in höchstem Grade, Franzosen und Deutsche haben ein spezielles Interesse an der Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Balkan. Rußland und Oesterreich scheinen dieselben Ansichten bezüglich der Frage zu haben, andererseits haben die Bande zwischen Italien und Rußland eine weitere Befestigung erfahren. Man versichert sogar, daß Rußland offiziell verhalte, sich mit Italien zu verständigen, um einen gemeinschaftlichen Angriff gegen die Türkei vorzunehmen. Dieser Schritt sei durch einen geheimen Vertrag vereinbart worden. Wenn dieser Plan zur Ausführung gelangt, wird auf dem Balkan eine Revolution ausbrechen. Auch Oesterreich und England werden in diesem Fall ihre Interessen wahren und der Augenblick werde für Frankreich und Deutschland gekommen, erste Entschlüsse zu treffen. Für Deutschland als den Verbündeten Italiens und Oesterreichs und den Freund der Türkei wäre die Lage eine ganz besonders schwierige. Das einzige Mittel

für Deutschland wäre, sich mit dem Verbündeten Rußlands, nämlich Frankreich, zu verständigen.

Philosophenmantel und Admiralsjübel.

(Von unserm parlamentarischen Mitarbeiter.)
R. Berlin, 22. März 1912. (Eigene Meldung.)
Der Reichstag hat kein Mann des Ceteris-pari, das heißt alle Welt. In ihm mehr sollen die militärischen Reize als Förderung, um nicht zu sagen, Säuerung des kriegerischen Geistes der Nation verfehlen sein. Besonders der Freiherr von Helldorf wird nachgehakt, daß sie eben so eifrig wie geschäftig in der öffentlichen Meinung Propaganda mache für den Flottengedanken und dadurch der friedfertigen Politik des Kanzlers gefühllos entgegenarbeite. Es wäre nicht das erste Mal, daß der Kaiser sich verbieflichen Meinungstamplens innerhalb der Regierung nicht gewunden ist und sich ausgedehnt hat, während der Reichstag in der Sache nicht mit derartigem Hader beschäftigt zu werden. Dieser Gedankengang könnte auch plausibel machen, daß Herr v. Helldorf ein Vorkriegs- und Vorkriegs-Mann ist, im Laufe des April nach Korfu reisen wird, um dem Kaiser über den Stand der politischen Dinge Bericht zu erstatten und eventuell — die Genehmigung seines, wie gestern im Reichstag auf das bestimmteste behauptet wurde, bereits eingereichten Abtrittsgeheimnisses zu erbitten. Der Kaiser soll sich die Entscheidung einfallen lassen vorbehalten haben.

Eins steht dabei wohl fest: kein Offizier wird sich erlauben, die bedeutende Gerichte als jeder tatsächlichen Unterlage entbehrend zu begehen. Die Sprachen verstehen es ja von selbst, daß die Militärischen Schen empfinden vor der Verantwortung, die Konflikte mit dem Parlament, daß ebensowenig das respektvolle Handeln des philosophischen Kanzlers, den Ankanpel der Erbschaftsteuerfrage erneut unter die politischen Parteien stellen zu lassen, in jenen Kreisen Mißklang findet. Würde also der „Kanon der Marine“ über den der Kaiser liegen, dann wäre vielleicht mit der Maßregelnlosigkeit des Wiedererhebens der Erbschaftsteuerfrage zur eventuellen Deduktion vermehrter Flottentosten zu rechnen — aber unter einem neuen Kanzler.

Eine Mehrheit für die „unvermeidliche“ Steuer ist bekanntlich in diesem Reichstag vorhanden. Sollten indessen unter einem neuen Kanzler die Künftigen- und Steuererlagen als einheitliches Ganzes behandelt und durch ein Mantelgesetz formal verbunden werden, dann könnte in der Gegenüberstellung der Sozialdemokratie gegen den Militarismus eine den Schiffbruch des Erbschaftsteuerabzuges bringende Klippe auftauchen. Die dann unausweichliche Folge wäre: Auflösung des Reichstags und Wählkampf mit der Parole „Für Flotte und Erbschaftsteuer!“ In solchem Falle würde wohl der Zeigis des Liberalismus blühen wie nie zuvor, die rote Flut aber beträchtlich zurückgedämmt werden.

„Wie anders tritt dies Zeiden auf mich ein!“ dürfte mancher bei solchem Bild in die politische Zukunft blicken, dem zuerst nur Nebel nehmensinn über dem Gesicht zu wehen scheinen und die hohe Gefahr Bekämpfung des Philo- sophenmantels, „Kriegsgewinn“ vergleichbar, in unruhigen Umkreis reflektiert auf dem nachdenklichen. Wird der Preis, der Herr v. Helldorf zu Fraß frisst sich wirklich zu werden, um auf den Schiffen zurückzuführen? ...

Erbschaftsteuer.

Wie jetzt verfaßt, hat bei der Berliner Ministerkonferenz außer Sachverständigen die Vertreter von Berlin und Württemberg nachdrücklich für die Wiederbringende der Erbschaftsteuer in der Form, wie sie 1909 vorgeschlagen wurde, eingetreten.

Die Rede des sächsischen Finanzministers v. Seydewitz über die Stellung der Regierung seines Landes zur Erbschaftsteuer hat gezeigt, daß die offiziellen Mitteilungen über mögliche Einvernehmen der Regierungen hinsichtlich der Ablehnung jener Steuer unzutreffend waren. Sachgenau vielmehr für die Wiederbringende der Steuer, und die unumwundene Erklärung des sächsischen Ministers läßt den Schluß zu, daß die Unmöglichkeit im Bundesrat doch recht tiefergehender Natur gewesen sein mögen. Für die agrarische Presse ist natürlich das Verhalten Sachsens sehr unangenehm, und die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt hinsichtlich der Bedeutung der Seydewitz'schen Erklärung hinwiederum: „Sie behauptet, die Einmütigkeit des Bundesrats habe sich nicht auf die grundsätzliche Auffassung zur Frage der Erbschaftsteuer bezogen, sondern nur auf die tatsächliche Frage der Wiederaufnahme der Steuer bei der gegenwärtigen Zusammenkunft des Reichstags. Und in dem üblichen verheißenen Drostli meint das agrarische Blatt, der sächsische Minister hätte es besonders betonen müssen, daß auch seiner Regierung die Ausdehnung der Erbschaftsteuer jetzt politisch bedenklich sein würde. Dann wären die „Mißverständnisse“ nicht entstanden! — Im Bundesrat hat man sich natürlich nicht über die theoretische Schönheit oder Verheißlichkeit von Steuern unterhalten, sondern über die Frage, ob man sie vorschlagen soll oder nicht. Es ist im Grunde genommen eine wichtige Sache des sächsischen Ministers, wenn man ihm unterstellt, er habe bei seiner Erklärung, die sächsische Regierung sei für die Erbschaftsteuer gewesen, eigentlich sagen wollen, sie sei dagegen. Es muß schon dabei stehen: Herr v. Seydewitz hat sich bei seinem Zurückweichen vor dem Schwarz-Weiß-Plan selbst im Bundesrat auf Widerstand gestoßen!“

Gefaltsfragen im Gotthalden Landtage.

Von unserm I-Korrespondenten.
Dem jetzt tagenden gotthalden Landtage ist eine Regierungsvorlage zugegangen, in welcher entsprechend der kürzlich vorgenommenen Erhebung der beiden Herzogtümern gemeinamen Beamten eine Gehaltsaufbesserung für die Staatsbeamten, Geistlichen und Lehrer gefordert wird. Nach dieser Vorlage, die voraussetzt die Zustimmung des Landtages finden dürfte, sollen Lehrer der Haupt- und Oberlehrer mit Diplomprüfung oder Regimentsaufseherprüfung 8000 bis 5800 Mk., sonstige Oberlehrer 3400 bis 5000 Mk., Zeichenlehrer 2100 bis 4000 Mk., Elementarlehrer 1800 bis 3800 Mk., Oberlehrer am Gymnasium und Seminar 3200 bis 6600 Mk., an der Realschule in Osnabrück 3100 bis 6400 Mk., Seminarlehrer 2100 bis 4500 Mk., Elementarlehrer am Gymnasium 1800 bis 3900 Mk., an der Realschule 1800 bis 3700 Mk. erhalten.

Bei dem Beförderungsdienstalter der Seminarlehrer am Gymnasium und der Elementarlehrer am Gymnasium sowie an der Realschule wird die vor Vollendung des 25. Lebensalters zurückgelegte Dienstzeit nicht angerechnet.

Die Prediger sollen neben freier Wohnzuchtung ein

Grundgehalt von mindestens 2400 Mk. erhalten, welches in 25 Dienstjahren auf mindestens 5000 Mk. steigt. Die Volksschullehrer erhalten bei freier Wohnung ein Grundgehalt von 1300 Mk., welches in Abständen von drei Jahren auf 3100 Mk. steigt. In den Städten erhebt sich das Gehalt um eine Wohnungsentgeltabgabe von 400 Mk. Lehrer an ein- oder zweiklassigen Schulen erhalten außerdem nach 20 Dienstjahren eine besondere Zulage von 100 Mk. Die Lehrerinnen werden in wissenschaftlichen Fächern unterrichtet, erhalten bei ihrer überrücklichen Anstellung 1000 Mk. Gehalt; bei freier Anstellung 1100 Mk., welche von drei bis vier Jahren auf 2000 Mk. steigt. Technische Lehrerinnen beziehen durchweg 2000 Mk. weniger. Alle Lehrerinnen bekommen eine Wohnungsentgeltabgabe von 200 Mk., soweit ihnen nicht freie Wohnung gewährt wird.

Parlamentarisches.

Kamerun in der Budgetkommission.

L. Berlin, 22. März 1912.

Die Budgetkommission des Reichstags erledigte zunächst noch die Beratung des Kolonial-Haushalts. Es wurde eine Resolution Erberger angenommen, die einen Gesuchentwurf verlangt, durch welchen unter Abänderung des Schutzgebietsgesetzes vom 25. Juli 1900 das Verordnungsrecht eingezogen und die Mitwirkung der Reichsregierung in der den Verhältnissen der Schutzgebiete entsprechenden Weise erweitert wird. Staatssekretär Dr. Solf gab die Auskunft, daß die Frage eines Schutzgebietsgesetzes nur geregelt werden könne im Zusammenhang mit der Frage der Einrichtung eines Kolonial-Gerichtshofes, sobald eine gänzliche Erledigung zurzeit nicht möglich sei. Es werde aber demnächst eine Kommission ernannt, die die wesentlichen Punkte zunächst ordnen soll.

Darauf ging die Kommission zur Beratung des Etats für Kamerun über. Auf eine Anfrage, wann im Kamerun-Gebiete die Tätigkeit der Kaufleute beginnen könne, gab der Staatssekretär die Auskunft, daß demnächst nach der Ratifizierung des Abkommens die Entscheidung einer Kommission zur Einleitung der Grenzregulierung beabsichtigt werde, und daß sich dann im Zusammenhang damit über diese Frage sprechen lasse. Im vorigen Jahre wurde von sozialdemokratischer Seite Beschwerden über die Behandlung von Arbeitern beim Bau der Mittelbahn zur Sprache gebracht worden. Die Untersuchung, über die die Verhandlungen jetzt eingeleitet sind, hat ergeben, daß solche Mißhandlungen tatsächlich vorgekommen sind. Die Behörden trifft aber nur insofern eine Schuld, als sie den Häuptlingen Soldaten zur Verfügung gestellt haben ohne Aufsicht von Interoffizieren. Die farbigen Soldaten haben dann mit den Häuptlingen zusammen die jungen Leute gewaltsam zur Arbeit zusammengetrieben. Der Staatssekretär erklärt, daß inzwischen Abhilfe geschaffen sei.

Weiter entspann sich eine lebhafteste Debatte darüber, ob die deutsche Sprache als allgemeine Verkehrs- sprache durchzuführen werden soll. Das Kolonialamt wies auf die außerordentlichen Schwierigkeiten hin, die dem entgegenstehen. Dann wurde die Frage der Holzbestände in Kamerun behandelt. Es befiel den Zweifeln über die Reichhaltigkeit der Bestände an wertvollen Hölzern. Das Kolonialamt erklärte, daß die ganze Frage mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt werde. In kurzem werde in Kamerun ein Kolonialforstlager errichtet werden, um der einheimischen Gesellschaft namentlich auch die Bearbeitungs- möglichkeiten vor Augen zu führen. Auf die Frage, ob nicht zweckmäßigerweise im Interesse der Befähigung des Gouverneurs der Gouverneur von Buca nach Duala oder einem anderen Punkte an den neuen Bahnhöfen verlegt werden solle, erwiderte der Staatssekretär, daß der Gouverneur ohnedies so viel Dienstreisen zu machen habe, daß die Lage des Gouvernementshier für kaum mehr eine Rolle spiele. Auf die weitere Frage, ob nicht in Kribi bessere Landungsverhältnisse geschaffen werden können, bemerkte der Staatssekretär, daß das bei der ungenügenden Küstengebietung nur mit außerordentlich großen Kosten geschehen könne. Dagegen wurde nach Durchführung der vorgesehenen Arbeiten in dem von Kribi nicht zu sehr entfernten Duala ein ausgezeichnetes Hafen geschaffen werden.

Die national-liberale Reichstagsopposition wählte zum ersten Stellvertreter des Vorkommens den Abg. Prinz Schönaich-Carolath, den Abg. Sieg zum zweiten Stellvertreter und den Abg. Schwabach zum Kassenswart.

Art- und Personalnachrichten.

Der König von Sachsen ist am Mittwoch nach Wien gereist. In Dresden politischen Kreisen hat die plötzliche Reise des Königs von Sachsen nach Wien Ueberraschung hervorgerufen, die verklärt wurde, als sich die amtlichen Mitteilungen über das Programm der Reise mit den Tatsachen nicht decken. Als Zweck der Reise wurde angegeben, daß der König seiner Schwester Maria Josefa einen Besuch abstatten wolle. Abgesehen von der Möglichkeit erregt es hier großes Aufsehen, daß der König sofort nach seiner Ankunft in Wien vom Kaiser Franz Josef in Audienz empfangen wurde und erst dann seine Schwester besuchte. Ueberdies wird es hier viel bemerkt, daß der König keine Reise bis Sonnabend ausdehnt, also noch über den Besuch Kaiser Wilhelms hinaus dortbleiben wird.

Der deutsche Kaiser in Wien.

Wien, 22. März. Nach dem offiziellen Programm empfängt Kaiser Franz Josef oder einer der Erzherzöge den Deutschen Kaiser und das Prinzenpaar August Wilhelm sowie die Prinzessin Viktoria Luise am Sonnabend vormittag 11 Uhr auf dem Vauxhall-Bahnhof. Die Zeremonien begeben sich dann nach Schloß Schönbrunn, wo Kaiser Wilhelm die Erzherzoginnen begrüßen wird und die gemeinsamen Minister und Hofmitarbeiter empfangt.

Ausland.

Die internationale Friedensaktion.

Der „Temps“ erzählt aus Petersburg, daß jetzt auch die russische Regierung die Möglichkeit einer Aktion in Konstantinopel einzuleiten beginne. Trotz seines guten Willens, Italien angenehm zu sein, teile Minister Salomon jetzt die Meinung der anderen europäischen Kabinette, daß es unmöglich sei, die italienischen Bedingungen in

Konstantinopel zu präsentieren; ja, daß es nicht einmal angehe, dem Wünsche der Consulta zu folgen und die Ungezogen Tripolitanien anzuernennen. Herr Salomon soll die Forderung der strikten Neutralität Rußlands bekräftigt haben. Am Gegenstand dieser Meldung des „Temps“ wird der Berliner „Neuen politischen Korrespondenz“ aus diplomatischen Kreisen berichtet, daß trotz der absehenden Erklärung der Forderung, neuwähren den Friedensbedingungen Italiens von den fünf Großmächten die Absicht nicht aufgegeben worden sei, unter Benutzung des von Italien den Mächten überreichten Memorandums, einen Schritt in Konstantinopel zu unternehmen, wobei jeder Druck auf die Türkei vermieden werden soll. Große Wichtigkeit wird dem Konstantinopeler Ministerat beigemessen, nach dessen Schluß den Journalisten der Zutritt zur Forderung unterlag wurde. Diese Maßregel wird auch für die folgenden Ministerkonferenzen angeordnet werden. Es verläutet, daß der Ministerat sich namentlich mit den Truppenkonzentrationen und den italienischen Friedensvorstellungen besetzt hat.

Konstantinopel, 22. März. Der Sultan wird eine Deputation nach Korfu schicken, um den Deutschen Kaiser dort zu begrüßen. Die Begegnung zwischen dem Kaiser und dem König von Italien wird von der Forderung mit großer Spannung erwartet. Die Forderung erhebt Mitteilungen, wonach Italien den Befehl gegeben habe, bis gegenwärtig alle Offensivoperationen in Tripolitanien und Cyrenaica zu unterlassen.

Die Unterwerfung Persiens.

Petersburg, 22. März. Der Erlaß wird in nächster Zeit einen Aufwurf an das persische Volk zu Zweck seiner Restauration veröffentlicht. Er wird die Aussagen seiner Führer nach Persien erklären und beabsichtigt, den dokumentarischen Nachweis zu führen, daß er nicht gegen, sondern im Interesse seines Volkes gehandelt habe.

Gleichzeitig mit diesem Erlaß kommt aus Teheran die Nachricht, daß die englisch-russischen Forderungen zum Persien angenommen und unterzeichnet wurden. Damit hat sich Persien dem englisch-russischen Abkommen offiziell unterworfen. Dieser Tatsache gegenüber will es nicht viel belagen, daß die Regierung gleichzeitig mit der Anerkennung der Forderungen beider Mächte beabsichtigt, die Unabhängigkeit und der Beständig Persiens möglichst erhalten zu lassen, und den Wunsch ausdrückt, daß die fremden Truppen das Land verlassen und seine Wiederrichtung der selbstigen Anstrengungen erfolgen solle. Gegen Salard-Dauleh erklärte die Regierung eine Abstellung freiwilliger Kavallerie. In Teheran verläutet, daß eine Abstellung von 2000 Mann nach dem Iran treibe, von der gegenwärtigen Regierung verbannt und von Persien ferngehalten wurde, mit einem deutschen Dampfer in Walfisch gefangen und jetzt in Schiras ankommen sei. Seine Haltung sei noch unbekannt. Maßregelnlich sei er ein neuer Bewerber um den Thron. Sollte es ihm gelingen, sich mit Salard-Dauleh zu vereinigen, so wäre namentlich ein Umsturz möglich.

Kleine Tagesnachrichten.

Ein Denkmals für Stolypin. In Kiew soll ein Denkmal für den ermordeten Ministerpräsidenten Stolypin errichtet werden. Es wird ein internationaler Wettbewerb ausgeschrieben. Der Gewinner für die Einbringung der Entwürfe ist auf den 1. August neuen Jahres festgesetzt. Der erste Preis beträgt 3000 Rubel (etwa 6450 Mk.), der zweite 1500 Rubel.

Der Selbstmord des ungarischen Reichstagsabgeordneten Sival. Es steht nunmehr fest, daß der Selbstmord des Reichstagsabgeordneten Sival mit dem Zusammenbruch der Budapestener Amortisations-Bank, deren Gründer und Präsident Sival war, in enger Verbindung steht. Große Untersuchungen sind bei der Bank angedeutet worden. Mehr als 3½ Millionen Kronen Aktienkapital und Spareinlagen sind unbedeutend verlorren.

Provinzialnachrichten.

Ungersleben, 21. März. (Von Staritzrom gebietet.) Ein 14jähriger Knabe aus Weddersleben, namens Gruber, ist von einer Eisenbahnbrücke in das Drahtnetz der Staritzromleitung der Ueberlandzentrale Crottorf gestürzt und hat durch, mit einem Messer den Leitungsdraht zu durchschneiden, dabei wurde er von dem Staritzrom getötet. Nach Auszahlung des Stromes wurde die Leiche herabgeholt.

Esfurt, 20. März. (Eine „fürkliche“ Beschuldigung.) In einem Verkaufsladen an der Pöbberstraße fand eine Verkäuferin ein Sparfläschchen über 800 Mark, das eine an der Zierentrage wohnende Dame verloren hatte. Die ehrliche Finderin überbrachte der Dame das Fläschchen, die dem Fläschchen als Finderlohn ganze zehn Marksgulden in die Hand drückte. Dabei hatte das Mädchen 20 Pfennig für die Benutzung der Straßenbahn verausgabt!

Schwemmlach, 20. März. (Ein Drama am Walde.) Ein eigenartiges Vorkommnis spielte sich vergangene Woche hier am sächsischen Waldeingang ab. Abwesend einige Arbeiter der hiesigen Domänenverwaltung auf einem Saufbeide beschäftigt waren, traten plötzlich etwa zehn Stück Hirschkühe, durch eine unbedeutende Stelle des Waldegangs kommend, aus dem Walde hervor, um der so frisch anmutenden grünen Saat einen Besuch abzustatten. Durch die rauhen Stimmen der Arbeiter erschreckt, türmte jedoch die hungrige Hirschkühegesellschaft dem Walde wieder zu. Im Waldebesand angekommen, stießen die Tiere plötzlich, denn ein vielfältiges Gefährte dringt aus dem Walde von drei Seiten auf sie ein: das Echo der sie verfolgenden Arbeiter. Die Tiere glauben sich umstellt. Ein wildes Stampfen in engem Raume begründet: von drei Seiten das Echo, im Rücken die Arbeiter, nirgends ein Ausweg. Endlich in höchster Not entschloß sich der Führer des Hirschkühe, den normierten Recken zu durchbrechen. Mit furchtbarem Anlauf, dem Sturmwind gleich, braut die Schär, kein Hindernis mehr achtend, blindlings dahin. Ein primitives Drahtgesehe pehrt den Weg, — der Anprall ist furchtbar, eine Staubwolke wirbelt auf, die flucht geht weiter, aber der gemehrte Hirschkühe und ein Muttertier liegen mit zerbrochenen Beinen und Mähdraht neben dem übermannen Hindernis.

Neustadt bei Coburg, 21. März. (Eine nachahmenswerte Einrichtung.) Hier geschaffen worden: ein Ozeanarium. Dieser soll seine Aufmerksamkeit namentlich richten auf: 1. die öffentlichen Einrichtungen zur Pflege der Gesundheit oder zur Abwendung gefährlicher Gefahren, 2. das Bawellen, insoweit dabei Förderungen der Angenehm

Verlobte

sind höchlichst zur zwanglosen Besichtigung unserer ständigen

Ausstellung

fertig eingerichteter Wohnräume

eingeladen.

Kostenanschläge und Vorbesprechungen bereitwilligst.

Gebr. Bethmann

Kunstmöbelfabrik

Atelier für künstlerische Ausgestaltung der Innenräume.

Vornehme aparte Arrangements. • 80 Musterzimmer. Dekorationen nach eigenen Entwürfen. Vollständige Wohnungs-Einrichtungen von M. 2000.— an.

Gr. Steinstrasse 79.

Halle a. S.

Gr. Steinstrasse 79.

berücksichtigen (Bauordnung), 3. Wohnungsplanung, 4. Nahrungs- und Genussmittel (Wasser- und Wasserverordnung, polizeiliche Lebensmittelüberwachung, Schlachttiere), 5. Schulhygiene, 6. Krankenpflege (Krankenhaus, Schwefelstation), 7. Maßregeln gegen ansteckende Krankheiten, insbesondere auch Fürsorge für Lungentranke, 8. Behaltungsverordnungen, 9. öffentliche Gesundheitsanfragen (Wadeanfragen), 10. Gewerbehygiene.

Gerichtsverhandlungen.

Strafkammer.

Halle a. S., 21. März.

Gefährliche Lohnteitel.

In der Zeit vom Februar bis April vor. J. wurden hiesige Arbeitgeber, hauptsächlich Maurermeister, durch gefährliche Zettel mehrmals um Löwe in Höhe von 15—27 Mark geprellt. Ihr Gehaltszettel beläuft sich auf 93 Mark. Außerdem wurden noch mehrere Betrugsversuche gleicher Art unternommen. Die verschiedenen Maßnahmen führten auf die Spur des 35-jährigen Schloßers Wilhelm Göge und des 33-jährigen Arbeiters Friedrich Teubner. Beide sind vorbestraft. Göge schon sehr oft. An den Lohnzettelfälschungen wollen sie jedoch keinen Anteil haben und nicht das geringste davon wissen. Göge spielte sich in der heutigen Verhandlung als gestrichelt auf. Von den 20 geladenen Zeugen behauptete er: „Die wolkten mich alle tot machen!“ Auch lagte er über große Schmerzen im Kopfe. Die Strafkammer verurteilte zwar Simulation, zog aber schnell einen Trennarzt, der Göge schon seit Jahren kennt, zu Rate. Nach dessen Gutachten ist Göge geistig minderwertig und durch Alkoholgenuss degeneriert. Selbst im Gefängnis hat er sich schon betrunken; einmal trank er sogar Polstrur wurde davon schnell bestraft und ließ dann heftige Drohungen aus. Seit etwa einer Woche zeigt er Merkmale von Verfolgungswahn; ob diese aber echt oder nur erbauchelt sind, mußte der Arzt ermitteln noch als zweifelhaft bestehen. Die Strafkammer hielt Göge nicht für geistig minderwertig. Mit Rücksicht hierauf wurden ihm mildernde Umstände zugesprochen, während diese Teubner verweigert wurden.

Unter Einwirkung einer früheren Strafe wurde Göge zu insgesamt 3 Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Teubner erhielt zwei Jahre Zuchthaus nebst der gleichen Ehrenstrafe.

Schöffengericht.

Halle a. S., 21. März.

Der offreisende Student.

Ein junger Kaufmann kehrte eines Sonntags nach 9 Uhr abends von einer Reise zurück und suchte dann das Café Roland auf, um dort zu Abend zu essen. Im Trinken hielt er sich sehr mäßig, da er kein Alkoholfreund ist. Auf einem Gange nach der Toilette erhielt er von einem angezeigten Studenten, der dort mit einem anderen Gaste „viel Spektakel machte“, ein paar offreisende, seiner Angabe nach ohne Anlaß. Auch soll ihn der Student „bänklicher Polyp“ genannt haben. Der Kaufmann bewußte sich beim Wäuterei und fragte ihn nach dem Namen des Studenten, konnte ihn aber nicht erfahren. Auf einem zweiten Gange bekam er dann nochmals Offreisigen, vergalt nunmehr mit gleicher Münze und wandte sich nun an den Wirt, der den Studenten zur Ruhe wies. Als gegen 12 Uhr der Kaufmann das Café verließ, wartete am Ausgang der Student mit noch einem andern auf ihn und attackierte ihn unter dem Ansätze: „Da kommt ja der bänkliche Polyp!“ aus neue mit Offreisigen. Der Kaufmann wehrte sich kräftig und folgte den Studenten, um

ihn zu einem Polizeibeamten zu führen. Der Student kam ihm aber zuvor und rief laut: „Schußmann, Schußmann!“ Ein Polizeibeamte eilte auf den Ruf herbei und notierte beide, da er sie für gleichschuldig hielt. Später wurden auch beide zugleich mit Strafmandaten bedacht. Der Student bezahlte gütwillig, der Kaufmann erhob Einspruch.

Vor dem Schöffengericht verurteilte er, er fühle sich durchaus nicht schuldig, denn er habe nach Lage der Sache nicht anders handeln können. Der Student war nicht als Zeuge geladen. Das Gericht schenkte der Darstellung des Kaufmanns Glauben, da er den Eindruck eines ruhigen, glaubwürdigen Mannes machte. Auch der Anwalt beantragte keine Freisprechung. Das Gericht hob die Polizeistrafen auf, weil der Angeklagte keinen groben Unfug verübt, sondern nur berechtigte Abwehrmaßnahmen gegen die Angriffe des Studenten ergriffen habe.

Der Mörder seines Lieblingskindes vor den Geschworenen.

Dresden, 21. März.

Vor dem hiesigen Schwurgericht stand der Arbeiter Hermann Müller aus Meissen unter der Anklage, seine dreijährige Tochter Balli ermordet zu haben. Die Verhandlung ergab ein trauriges Bild vom dem Erleben des Angeklagten. So wurde festgestellt, daß er neben seiner Frau sich noch eine Reihe von Geliebten hielt, jedoch es zwischen ihm und seiner Frau, die davon Kenntnis erhalten hatte, häufig zu heftigen Auseinandersetzungen kam. Als ihm seine Frau nun eines Tages sagte, sie wolle sich von ihm scheiden lassen, er möge gehen und ihr nie wieder vor Augen kommen, da sie erfahren habe, daß er sich einem Mädchen gegenüber als unverheiratet ausgegeben und diesem die Ehe versprochen habe, geriet der Angeklagte in eine verzweifelte Stimmung. In seiner durch die Verluste von Schand- und Schauerromanen erhitzen Phantasie reifte der Entschluß, aus dem Leben zu scheiden und auf diesem Wege sein Lieblingskind Balli mitzunehmen. Eines Tages, als seine Frau fortgegangen war, erdrosselte er das Kind mit einer Gardienstichwunde, doch nach er nicht den Mut, Hand an sich selbst zu legen. Er entfloch otelmer und irrte planlos umher. Als ihn der Hunger plagte, boting er einen Einbruchsdiebstahl, wobei er erwischt wurde. Die Geschworenen sprachen den geständigen Angeklagten des Todschlags mit Ueberlegung schuldig, worauf ihn das Gericht zu zehn Jahren und zwei Monaten Zuchthaus verurteilte.

Stillschleitsverbrechen.

Gera, 21. März. Das Schwurgericht verurteilte heute den Gelegenheitsarbeiter Hans Münder aus Ströbberg wegen verlustiger Notzucht, begangen an der ledigen, 16 Jahre alten Hulda Kuntze aus Kriebitzsch auf dem Wege von Meuselwitz nach Kriebitzsch, zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Verurteilung wegen Duellvergehens.

Münzberg, 21. März. Das Kriegsgericht der vierten bayerischen Division verurteilte den Reserveleutnant des 6. Feldartillerie-Regiments, Gerhard Seeger aus Kirchensulz, der ein schweres Säbelduell mit einem Studenten der Medizin in Greifswald ausgefochten hatte, zu drei Monaten Festungshaft.

— Erfurt, 21. März. (Sozialdemokratie und Schule.) Die Arbeiter Otto Engel und Albert Freitag waren am 20. Dezember 1911 vom Erfurter Schöffengericht zu 3 und 6 W. Gefängnis verurteilt worden, weil sie ihre Tücher von der Teilnahme an einem Schulausflug am 2. September,

dem Sabbatage, zurückgehalten hatten. Dagegen hatten sie Verurteilung eingeleitet, und vor der Strafkammer aperierte Engel, nach dem „C. M. A.“, mit den bekannten sozialdemokratischen Phrasen: Der Sabbatage sei im vergangenen Jahre auf einen Sonntag gefallen, der an und für sich schon halb sabbatfrei sei. Er habe aber seine Tochter deswegen nicht an dem Ausfluge teilnehmen lassen, weil die Verberlichung des Massenmordes seiner politischen Ueberzeugung nicht entspreche. Die Strafkammer hielt die erlittenen Erkenntnisse mit der Begründung aufrecht, daß bezüglich des freien Sabbatmittags am Sonntag eine Verurteilungsmaxime, nicht ein Gesetz vorliege und somit die Schule das Recht habe, Anordnungen zu treffen, ob der Sabbatage-Sabbatmittags sabbatfrei sei oder nicht. Ferner bemerke man mit der Feier des Sabbatages nicht eine Verberlichung des Massenmordes, sondern es solle die Erinnerung an einen großen nationalen Tag in den Kindern geweckt werden.

Luftschiffahrt.

Die Nationalpforte für eine deutsche Luftflotte.

Die Sektion vom des Piederheintischen Vereins für Luftschiffahrt beschloß in Verbindung mit der Abteilung Bonn-Godesberg des Deutschen Luftflottenvereins einen Aufruf für ein Heeresflugzeug „Bonn“ zu erlassen und Sammlungen einzuleiten.

Wer wird Sieger sein in der Beherrschung der Luft?

Angehore Anstrengungen machen unter westlichen Nachbarn. Neben den vielen Millionen, welche das Parlament bewilligt, sammelt hierüber ganz Frankreich neue Mittel, um seine Luftschiffahrt, die Aeroplans, in immer größerer Anzahl zur Verfügung zu haben.

Sollen wir dagegen zurückstehen? Nein, ganz gewiß nicht. Auch unsere Heeresverwaltung wird sorgen, daß es uns nicht mangelt an den notwendigen Luftfahrzeugen und Flugzeugen, große Mittel sind hierzu erforderlich und es ist fraglich, ob der Reichstag genigende Summen bewilligen kann. Darum scheint es notwendig, daß auch bei uns, wie in Frankreich, Privatmittel helfen.

Es ist daher mit Freuden zu begrüßen, daß der Deutsche Luftflotten-Verein in Mannheim, seit Jahren bestrebt, das Interesse für die Luftschiffahrt in nationalem Sinne zu fördern und zu erhalten, sich in einem Aufruf an das ganze deutsche Volk wendet, um Mittel zu beschaffen zum weiteren Ausbau unserer Luftflotte. Siehe Inserat!

Sport-Nachrichten.

Ein Sechstagererren in Wien wird für die Zeit vom 7. bis 13. April ausgeschrieben. Zur Ausführung wird in der Statunde eine 160 Meter lange Holzrennbahn erbaut werden.

Für artige Kinder ist die beste Belohnung ein

Mondamin Milchflammeri

er ist sehr nahrhaft und leicht bekömmlich. Bananen-Schnittchen, Mondamin-Auflauf, Nrisofen-Pudding, Eiercreme-Pudding geben täglich eine endlose Ueberreichung. Gehen Sie das Mondamin-Brot neben Pfeffer und Salz. Jedem Tag ein anderes Mondamin-Gericht. Erprobte einfache Rezepte im Asterbüchlein gratis und frank von Brown u. Wison, Berlin C. 2.

Die beste Küche

mit den auserlesensten Delikatessen

im Weinhaus Broskowski

Weinhaus Broskowski Speisenkarte

aus den vortrefflichsten Delikatessen zusammengestellt

Wir bieten darin eine überraschend

reiche Auswahl deliziöser Gerichte

a Portion 50, 60, 75, 85 u. 100 Pfg.

Diner 1-3 Uhr: Apartes feines Menü a Mk. 2⁰⁰ u. 2⁵⁰

Frische Maibowls. — Frische Ananasbowls.

Pottel & Broskowski.

